

## NIEDERSCHRIFT

zur Sitzung des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt  
 Sitzung-Nr: 1/XVI. WP  
 Sitzungstermin: am Mittwoch, dem 6. Dezember 2006 von 18:00 Uhr bis 20:27 Uhr  
 Sitzungsort: Gemeindesaal der Petrus-Kirchengemeinde, Langenäcker 40

<b>ANWESEND SIND:</b>			
<b>Mitglieder CDU-Fraktion</b>			
1	Ratsfrau	Benecke	
2	Ratsherr	Bohrßen	
3	Ratsherr	Hohenstein	
4	Ratsherr	Schroth	
5	Ratsherr	Zieseniß	
<b>Mitglieder SPD-Fraktion</b>			
6	Ratsfrau	Baltz	bis TOP 9, 20.00 Uhr
7	Ratsherr	Leuschner	
8	Ratsherr	Mientus	
9	Ratsherr	Wittschurky	
<b>Mitglieder FDP-Fraktion</b>			
10	Ratsherr	Schasse	
<b>Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN</b>			
11	Ratsherr	Röver	
<b>Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder</b>			
12	Herr	Becker, R.	
13	Herr	Becker, W.	
15	Herr	Gentemann	
<b>es fehlten entschuldigt</b>			
14	Geschäftsführer SGB	Drebes	
16	Frau	Hunte-Grüne	
<b>von der Verwaltung</b>			
17	Fachdienstleiterin	de Veer	
18	Fachbereichsleiter	Hettwer	
19	Fachbereichsleiter	Rüßmann	
20	Verwaltungsbeamter	Tadje	
21	Bürgermeister	Zieseniß	
<b>als Gäste</b>			
22	Behindertenbeauftragte	Bothe	
23	Ratsherr	Dobelman	
24	Herr	Feldkamp -Petrus-Kirchengemeinde-	bis TOP 4
25	Beigeordneter	Dr. Härdrich	
26	Herr	Meyer -Firma Regionalkonzept-	bis TOP 4

27 Ratsfrau	Richter
28 Ratsfrau	Schasse

## **TAGESORDNUNG:**

### Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung
2. Verpflichtung von beratenden Ausschussmitgliedern
3. Einwohnerfragestunde
4. Vorstellung des Konzeptes einer Tagesstrukturstätte der Petrus-Kirchengemeinde durch Herrn Pastor F. Feldkamp
5. 2. Änderung des Flächennutzungsplanes, OT Barsinghausen  
Bebauungsplan Nr. 192 "Biomasse-Kraftwerk", OT Barsinghausen  
= Aufstellungsbeschlüsse gemäß § 2 Abs. 1 BauGB  
Vorlage XVI/22
6. Bebauungsplan Nr. 172 "Zarenkamp", Ortsteil Egestorf  
Beschluss zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB  
Vorlage XVI/21
7. Benennung einer Straße  
Vorlage XVI/18
8. Mitteilungen der Verwaltung
9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

### Nichtöffentliche Sitzung:

### Öffentliche Sitzung

- 
- 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung**

Herr Hohenstein eröffnet die Sitzung um 18.00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt Pastor Feldkamp von der Petrus-Gemeinde und dankt ihm für die Bereitstellung der Räumlichkeiten für die Ausschusssitzung.

Zu der Tagesordnung werden keine Anmerkungen gemacht.

**Beratungsergebnis:** zugestimmt  
mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

**Beschlussdarstellung:**

Der Ausschuss beschließt die Behandlung der Punkte der vorstehenden Tagesordnung in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung.

---

## **2. Verpflichtung von beratenden Ausschussmitgliedern**

Herr Bürgermeister Zieseniß belehrt die anwesenden Herren Rolf Becker, Walter Becker und Hubert Gentemann, die vom Rat als beratende Mitglieder in den BPU berufen worden sind, über ihre Pflichten als ehrenamtlich tätige Personen nach den Vorschriften der NGO und verpflichtet sie per Handschlag.

Herr Leuschner fragt nach den weiteren nichtstimmberechtigten Mitgliedern aus den Reihen des Jugendparlaments, Seniorenrat bzw. Behindertenbeauftragte, die ebenfalls bereits berufen worden seien.

Herr Zieseniß teilt hierzu mit, dass die entsprechenden Berufungsschreiben erst Anfang der Woche an die Personen versandt worden sind, so dass sie noch nicht förmlich für die Sitzung eingeladen werden konnten.

Die im Publikum anwesende Behindertenbeauftragte Frau Bothe bestätigt, das Berufungsschreiben am 06.12.2006 erhalten zu haben, und wird daraufhin ebenfalls von Herrn Bürgermeister Zieseniß per Handschlag verpflichtet.

---

## **3. Einwohnerfragestunde**

Herr Werner Wellhausen fragt nach dem Sachstand hinsichtlich der geplanten Verkehrsberuhigung der Brinkstraße. Er möchte wissen, wann die zugesagte Einbahnstraßenregelung umgesetzt werden wird.

Herr Hettwer teilt dazu mit, dass der Verwaltung die Problematik bekannt ist und zur Entlastung der Brinkstraße letztendlich auch die Heinrich-Benne-Straße geplant worden sei. Allerdings kann das Thema Verkehrsberuhigung für die Brinkstraße nicht separat sondern nur im Gesamtzusammenhang betrachtet werden. Grundlage für eine Verkehrsänderung in Egestorf sind die Ergebnisse einer kürzlich durchgeführten Verkehrszählung, deren Ergebnisse zunächst ausgewertet werden müssen. Eine Zusage für Einbahnstraßenregelung habe es seitens der Verwaltung nicht gegeben.

Bezüglich der weiteren Nachfragen von Herrn Wellhausen sowie seinem Grundstücksnachbarn, Herrn Hölzchen, hinsichtlich der konkret geplanten Maßnahmen verweist Herr Hettwer auf das notwendige Gesamtkonzept für den Ortsteil Egestorf, das basierend auf den Verkehrszählungsergebnissen vom Rat zu beschließen sein wird.

Herr Hindelmeyer, BUND Hannover, kritisiert die seiner Meinung nach im B-Planverfahren „Zarenkamp“ nicht ordnungsgemäß durchgeführte Beteiligung des BUND, der nach der mit Schreiben vom 06.10.2006 erfolgten frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange weitere Unterlagen angefordert und bislang keine Antwort erhalten hätte.

Frau de Veer erläutert dazu, dass nach Abschluss der frühzeitigen Behördenbeteiligung nunmehr die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs.2 BauGB gemeinsam mit der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs.2 BauGB durchgeführt wird.

Protokollnotiz: Der BUND hatte das angeforderte Bodengutachten bereits lange vorher erhalten und inzwischen nochmals bekommen.

Herr Karasch, 2. Vorsitzende der Deisterfreilichtbühne, fragt nach dem Stand der Vertragsverhandlungen zur Vermietung der Turnhalle unter den Eichen an einen Motorradclub. Die Deisterfreilichtbühne befürchtet durch die neue Nutzung hervorgehende Lärmbelastigungen während der Spielzeit auf der Bühne.

Herr Hettwer erläutert, dass Gespräche mit einem hannoverschen Motorradclub geführt worden seien, der die Halle zweimal monatlich freitags abends als Treffpunkt nutzen möchte. Zusätzlich seien zwei größere Treffen im Jahr geplant.

Eine lärmintensive Nutzung sei nicht geplant, so dass seitens der Verwaltung Vertragsverhandlungen geführt werden, zumal eine andere wirtschaftliche Möglichkeit zur Nutzung der Halle nicht ersichtlich ist. Zur Zeit ist ein Vertragsentwurf mit einem Passus der erforderlichen Rücksichtnahme auf den Spielbetrieb der Deisterfreilichtbühne erstellt und der Bauantrag für die Nutzungsänderung liegt vor.

Auf den Einwand von Frau Baltz, die Nutzung der Halle durch einen Motorradclub wäre gegenüber der benachbarten Freilichtbühne rücksichtslos und unsensibel, erwidert Bürgermeister Zieseniß, dass der Rat die Verwaltung zur Vermarktung des Gebäudes beauftragt habe und nun wirtschaftliche Lösungsmöglichkeiten gesucht werden müssen.

Her Hettwer kündigt ein gemeinsames Gespräch mit allen Beteiligten an, um mögliche Lösungen zu diskutieren.

Herr Hohenstein kündigt an, bzgl. des Baugebietes Zahrenkamp die Öffentlichkeit bei dem entsprechenden Tagesordnungspunkt wiederherstellen zu wollen, so dass die anwesenden Bürger ihre diesbezüglichen Fragen später stellen könnten.

---

#### **4. Vorstellung des Konzeptes einer Tagesstrukturstätte der Petrus-Kirchengemeinde durch Herrn Pastor F. Feldkamp**

Pastor Feldkamp stellt dem Ausschuss den von der Petrus-Gemeinde geplanten Bau einer Wohnverbundanlage mit Tagesstrukturstätte auf dem Kirchengrundstück an der Hans-Böckler-Straße/Langenäcker vor. Das Vorhaben beinhaltet die Errichtung von 5 zwei 1/2-geschossigen Gebäuden mit insgesamt 30 Wohneinheiten und eines Gebäudes mit der Tagesstrukturstätte mit Werkstätten, Küche, Café und kleinem Kino. In der Anlage sollen seelisch Kranke mit dem Ziel untergebracht werden, sie langsam wieder in den normalen Alltag zurückzuführen.

In einer ähnlichen Einrichtung in Hildesheim seien bereits positive Erfahrungen, insbesondere auch bezüglich des Miteinanders zwischen Bewohnern und den Nachbarn, gemacht worden.

Träger der Wohnverbundanlage soll eine noch zu gründende gemeinnützige Gesellschaft sein, die aber ausschließlich von der Petrusgemeinde getragen wird.

Herr Mientus weist auf die aus seiner Sicht ungünstige Anbindung der Stellplatzanlage an den Langeäcker und bittet die Petrusgemeinde eine Anbindung von der Hans-Böckler-Straße aus zu prüfen.

Auf Nachfrage von Herrn Leuschner teilt Pastor Feldkamp mit, dass eine Bedarfsermittlung für das Projekt vorliegt und von einer ausreichenden Belegung ausgegangen wird, da es eine vergleichbare Einrichtung in der Umgebung nicht gibt. Die Finanzierung würde von mehreren Seiten getragen werden, allerdings wollte Pastor Feldkamp keine Einzelheiten nennen.

Herr Schroth fragt nach der zeitlichen Realisierungsplanung. Laut Herrn Pastor Feldkamp werden derzeit noch Details mit der Landeskirche geklärt, jedoch sei die Fertigstellung bis Ende 2007 beabsichtigt.

Frau Bothe erkundigt sich nach der behindertengerechten Ausführung des Vorhabens. Der Architekt Meyer, Firma Regionalkonzept, erläutert die geplante Barrierefreiheit aller 10 Erdgeschoss-Einheiten sowie der Tagesstrukturstätte.

---

**5. 2. Änderung des Flächennutzungsplanes, OT Barsinghausen  
Bebauungsplan Nr. 192 "Biomasse-Kraftwerk", OT Barsinghausen  
= Aufstellungsbeschlüsse gemäß § 2 Abs. 1 BauGB  
Vorlage XVI/22**

Frau de Veer führt in die Thematik ein und erläutert die mögliche Absicht zur Errichtung eines Biomassekraftwerkes in der Nähe des Bahlsen-Geländes.

In den zurückliegenden Monaten haben bereits Gespräche mit den zu beteiligenden Behörden und auch der Firma Bahlsen stattgefunden. Danach bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen das Vorhaben, so dass nach vorliegenden Aufstellungsbeschlüssen die weiteren Schritte zu den Bauleitplanverfahren eingeleitet werden könnten.

Herr Mientus fragt nach der beabsichtigten verkehrlichen Anbindung und weist auf Probleme jeder weiteren Zufahrt auf die Calenberger Straße hin. Hier sollte eine Zufahrt von dem in Richtung Gänsefußweg führenden Weg ermöglicht werden.

Frau de Veer weist diesbezüglich auf notwendige verkehrstechnische Untersuchungen hin. Ein entsprechendes Verkehrsgutachten wäre notwendig.

Herr Hettwer ergänzt, dass eine direkte Zufahrt von der Calenberger Straße nicht vorgesehen ist. Naheliegend ist eine Erschließung über die bestehende Einfahrt Gänsefußweg, Einzelheiten bleiben dem zu erstellenden Verkehrsgutachten vorbehalten.

Die Frage von Herrn Wittschurky nach der voraussichtlich zu erzeugenden Energiemenge beantwortet Frau de Veer. Nach Angaben des Investors wird bei der Anlage von einer Leistung von 1,5 MW ausgegangen.

Herr Hettwer führt dazu aus, dass die Firma Bahlsen die Abwärme zur Deckung ihres Bedarfs an gleichmäßiger Prozesswärme abnehmen würde.

Herr Dobelmann erkundigt sich nach den zu erwartenden Transportbewegungen für die Anlage. Nach Aussage von Frau de Veer ist nach den Angaben des Investors in der Hauptanlieferungszeit im Oktober/November mit 4 – 5 LKW's / Stunde, die insgesamt 13 bis 15 Tausend Tonnen Mais anliefern sollen, zu rechnen.

Herr Bürgermeister Zieseniß betont, dass hier auf Antrag eines Investors die bauleitplanerischen Voraussetzungen geschaffen werden sollen. Die Frage der Wirtschaftlichkeit einer solchen Anlage obliegt nicht der Prüfung des Rates.

**Beratungsergebnis:** zugestimmt  
mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

**Beschlussdarstellung:**

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Barsinghausen fasst gemäß § 2 Abs. 1 BauGB (Baugesetzbuch) die folgenden Aufstellungsbeschlüsse:

- 2. Änderung des Flächennutzungsplanes, OT Barsinghausen
- Bebauungsplan Nr. 192 „Biomasse-Kraftwerk“, OT Barsinghausen.

Die räumlichen Geltungsbereiche dieser Bauleitpläne sind in der **Anlage 1** zu dieser Vorlage gekennzeichnet.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Aufstellungsverfahren auf der Grundlage des Baugesetzbuches einzuleiten. Die Aufstellung erfolgt im Parallelverfahren i.S. von § 8 Abs. 3 BauGB.

---

**6. Bebauungsplan Nr. 172 "Zarenkamp", Ortsteil Egestorf  
Beschluss zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB  
Vorlage XVI/21**

Herr Hettwer fasst zu dem Baugebiet Zarenkamp die zeitliche Abfolge der Verfahrensschritte, insbesondere die intensive Bürgerbeteiligung und auch die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zusammen. Die zeitliche Abfolge war bekannt, so dass der jetzt anstehende Auslegungsbeschluss nicht überraschend sein kann.

Im Rahmen des angewandten „Scoping-Verfahrens“ (Festlegung von Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung) werden zunächst nur die im Verfahren bereits vorliegenden Unterlagen an die Träger öffentlicher Belange gesandt, was für diese frühzeitige Beteiligung ausreichend ist. Weitere Unterlagen wie z.B. das mittlerweile vorliegende Bodengutachten könnten dann auf Anforderung zur Verfügung gestellt werden.

Herr Hettwer geht auch auf die in den vergangenen Wochen kontrovers geführte Diskussion zu der Grundstücksanzahl ein und betont, dass die Parzellierung nicht durch Bebauungsplanfestsetzungen steuerbar ist. Deutlich wird dies durch verschiedene, anhand von Folien dargestellte Aufteilungsvarianten mit 47 bis 61 Parzellen, die sich mit den Planfestsetzungen vereinbaren lassen würden. Herr Hettwer merkt dazu an, dass sich Grundstücksgrößen von mehr als 600 m<sup>2</sup> nur schwer vermarkten lassen. Die sich dann ergebende schleppende Bautätigkeit über mehrere Jahre könne schließlich auch nicht im Interesse der Anlieger sein.

Letztendlich obliegt die Entscheidung über die Parzellierung der SGB als Grundstückseigentümerin.

Die beabsichtigte Grundflächenzahl von 0,3 ist bereits geringer gewählt als die für ein WA sonst übliche Ausnutzungsziffer von 0,4. Die von den Bürgerinitiativen begehrte 0,2 ist unrealistisch und lässt sich nicht verwirklichen.

Herr Hohenstein stellt zu dem Tagesordnungspunkt die Öffentlichkeit her, so dass die anwesenden Einwohner Gelegenheit zur Fragenstellung haben.

Frau Kellein, Naturschutzbeauftragte für Barsinghausen, hat grundsätzlich keine Bedenken gegen die Baugebietsplanung, vermisst aber in dem Umweltbericht Ausführungen zu den dort lebenden

Tierarten. Die ihrer Meinung nach erforderliche ganzjahreszeitliche Beobachtung kann bei der engen Zeitplanung des Verfahrens überhaupt nicht durchgeführt werden. Außerdem verweist sie auf die nicht ausreichende Straßenbreite des für die Erschließung vorgesehenen Wellenkamps im Einmündungsbereich zur Nienstedter Straße von derzeit nur 4 m (erforderlich seien 6 m).

Herr Hettwer teilt diese Bedenken nicht. Die vorgesehene Erschließung über die Straßen Kreuzkamp und Wellenkamp und damit verbundene Ausbaumaßnahmen sind mit den Bürgerinitiativen und Verkehrsgutachtern diskutiert worden, und es wurde nach Meinung der Verwaltung eine für alle Beteiligten tragbare Lösung gefunden. Mit der Naturschutzbehörde wurde eine Vorabklärung bzgl. schützenswerter Tierarten in dem Bereich herbeigeführt. Nach den dort realistisch vorkommenden Arten besteht kein Bedarf für die Durchführung einer vegetationszeitandauernden Untersuchung.

Herr Hindelmeyer vom BUND kritisiert die seiner Meinung nicht korrekt durchgeführte Beteiligung nach § 3 BauGB. Ein Bodengutachten ist ihm nicht bekannt, das Anforderungsschreiben des BUND sei nicht beantwortet worden, weshalb die Verfahrensfristen nicht eingehalten seien.

Protokollnotiz: Der BUND hatte das angeforderte Bodengutachten bereits lange vorher erhalten und inzwischen nochmals bekommen.

Herr Hettwer sagt die Übersendung des Bodengutachtens zu. Frau de Veer erläutert die im Scopingverfahren durchgeführte frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange. Der im BauGB vorgesehene wechselseitige Austausch von Informationen soll den Umfang und Detaillierungsgrad der weiteren Prüfung bestimmen.

Herr Holzhausen, Bürgerinitiative „Zarenkamp aktiv“, äußert Zweifel an der Rechtmäßigkeit der durchgeführten Beteiligung.

Herr Narius verweist auf einen der Verwaltung im Rahmen der Bürgerversammlung am 13.09.2006 übergebenen Planungsentwurf und die Anfang Oktober vorgelegte Unterschriftenliste, die im Verfahren keinerlei Berücksichtigung gefunden hätten. Die in § 3 Abs.1 BauGB vorgesehene Unterrichtung und Erörterung der Öffentlichkeit kann daher nicht abschließend erfolgt sein.

Herr Hettwer weist auf die Beantwortung der vorgebrachten Einwände nach Abschluss des Auslegungsverfahrens hin und macht deutlich, dass Abrechnungsmodalitäten von Straßenausbaumaßnahmen nicht Thema der Bauleitplanung sein können.

Nach Auffassung von Herrn Widdel werden von der Bürgerinitiative Lorenkamp aktiv keine grundsätzlichen Einwände gegen eine Bebauung des Zarenkamps vorgetragen. Das Interesse der Anwohner an der Verhinderung einer besonders dichten Bebauung hat keine Bedeutung für den Auslegungsbeschluss und ist im späteren Verfahren zu berücksichtigen.

Herr Dobelmann spricht sich für die von den Anwohnern geforderte Reduzierung der Netto-Baulandfläche aus. Außerdem schlägt er zur Reduzierung des Baustellenlärms und -verkehrs die Aufteilung des Gebietes in 2 Bauabschnitte vor.

Herr Rennemann, Anwohner des Wellenkampes, merkt an, dass der Wellenkamp in dem derzeitigen Zustand nicht für den Schwerlastverkehr geeignet ist. Hier seien vor Beginn der Bautätigkeit im Zarenkamp zwingend Maßnahmen an der Straße zu veranlassen. Weiterhin fragt Herr Rennemann nach sich aus dem Bodengutachten ergebenden Einschränkungen für die Bebauung. Er weist auf einen früher direkt durch die vorgesehene Baufläche verlaufenden Bach hin, dessen Abflusszone heute noch Bauschäden bei der vorhandenen Bebauung oberhalb des Zarenkampes verursachen würde.

Dieser vormals oberirdische Bachlauf ist laut Herrn Hettwer bekannt, aus dem Bodengutachten ergeben sich diesbezüglich keine besonderen Einschränkungen.

Frau Richter appelliert an eine ausgewogene Planung, die für ein Baugebiet in solch reizvoller Lage nicht unter Zeitdruck durchgeführt werden sollte. Der Auslegungsbeschluss sollte daher ihrer Meinung nach auf Januar 2007 verschoben werden.

Herr Hettwer erwidert, dass die Zeitplanung für das Verfahren lange bekannt ist und eine Verschiebung die Rechtskraft des Bebauungsplanes Ende März 2007 verhindern würde.

Herr Narius bemängelt, dass die in einem Gespräch mit Bürgermeister Zieseniß erörterten Punkte (GRZ von 0,2; Reduzierung der in der Verlängerung des Kreuzkamps vorgesehenen 2-geschossigen Bebauung; Alternativplanung mit weniger als 60 Wohneinheiten) keine Berücksichtigung gefunden hätten.

Herr Zieseniß erwidert, dass er die Punkte mit Herrn Hettwer angesprochen und diskutiert hat und entsprechende Antworten bereits gegeben worden sind.

Herr Behlert zeigt sich überrascht über die Diskussion über zulässige Ausnutzungsziffern in dem Neubaugebiet. Die Anwohner sollten ihre diesbezüglichen Forderungen einmal mit der Bebauung ihrer eigenen Grundstücke vergleichen.

Herr Mientus verweist auf die geltende Geschäftsordnung und stellt den Antrag auf Schließung der Öffentlichkeit.

Herr Röver stellt den Antrag auf Vertagung des Beschlusses auf den Januar 2007.

Herr Hettwer erläutert, dass dann bei der bestehenden Sitzungsfolge das gesetzte Ziel der Rechtskraft des Planes bis Ende März unmöglich sein wird.

Herr Zieseniß ergänzt, dass eine Verschiebung des Auslegungsbeschlusses Sondersitzungen erfordern würde. Aufgrund der bestehenden Fristen könnten dann aber laut Herrn Hettwer keine vollständigen Einladungen erfolgen, sondern es müsste mit Tischvorlagen gearbeitet werden.

Herr Wittschurky appelliert an eine transparente Planung dieses attraktiven Baugebietes, in der die Anwohneranschläge ernst genommen werden sollten. Diesbezüglich bittet er um Auskunft, ob die bislang vorgebrachten Einwände im Auslegungsverfahren erneut vorgetragen werden müssen. Herr Hettwer bittet aus formalen Gründen um erneute schriftliche Stellungnahmen. Gleichwohl werden die bislang vorgebrachten Argumente abgewogen werden.

Herr Röver hält an seinem Antrag auf Vertagung fest und bittet um Abstimmung.

Herr Mientus hält eine weitere Vertagung für unnötig, da die Sachlage ausreichend bekannt ist.

Herr Schroth spricht sich gerade auch zur Gewährleistung eines transparenten Verfahrens für einen Auslegungsbeschluss zum jetzigen Zeitpunkt aus. Nur so könnte eine ausreichende Abwägung der verschiedenen Positionen ohne Zeitdruck ermöglicht werden.

Herr Röver meldet Beratungsbedarf für seine Fraktion an und bittet dementsprechend um Vertagung.

Der Antrag auf Vertagung der Entscheidung wird mit folgendem Ergebnis abgelehnt:

1 Ja-Stimme

7 Nein-Stimmen

3 Stimmenthaltungen

Anschließend wird über die Beschlussvorlage abgestimmt.

<b>Beratungsergebnis:</b> zugestimmt
--------------------------------------



mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltungen

**Beschlussdarstellung:**

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Barsinghausen stimmt dem der Vorlage anliegenden Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 172 „Zarenkamp“ im Ortsteil Egestorf – bestehend aus Planzeichnung, textlichen Festsetzungen, Begründung und örtlichen Bauvorschriften – zu und beschließt, diese Entwurfsunterlagen gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

Der räumliche Geltungsbereich ist in der Anlage zu dieser Drucksache dargestellt.

Herr Hohenstein verliest anschließend folgende Empfehlung, die in das Protokoll aufgenommen werden soll:

Der BPU legt dem VA nahe, den Gesellschaftern der SGB zu empfehlen, auf die Geschäftsführung der SGB in der Weise einzuwirken, dass die individuelle Vermarktung ( - keine Bauträger - ) der etwa 50 plus/minus 3 – 5 Baugrundstücke des Baugebietes Nr. 172 „Zarenkamp“ wegen dessen besonders qualifizierter Lage, die eine dieser und der Größe der Grundstücke angepasste hochwertige Bebauung verlangen, im Interesse der Stadt eine damit einhergehende Gewinnung leistungsfähiger Käuferschichten vorrangig ins Auge zu fassen ist.

---

**7. Benennung einer Straße**  
**Vorlage XVI/18**

Herr Mientus merkt zu der Benennung der Anlieferungsstraße der Firma HIT an, dass auch das im rückwärtigen Bereich des Grundstückes Marienstraße 4 errichtete Wohnhaus von dieser Straße aus erschlossen wird und die Bezeichnung „Ladestraße“ diesbezüglich unglücklich sei.

**Beratungsergebnis:** zugestimmt  
mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

**Beschlussdarstellung:**

Die Straße zur Firma HIT in der Gemarkung Barsinghausen, Flur 3, Flurstück 34/8, erhält die Bezeichnung Ladestraße.

---

**8. Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Hettwer kündigt für die nächste Sitzung eine Beschlussvorlage bzgl. der Benennung der Entlastungsstraße an. Vorgeschlagen wird, die Röntgenstraße bis zum Kirchdorfer Kreisel zu verlängern. Für den letzten Teil ab dem Kreisel wird zur Zeit noch ein Straßename gesucht. Herr Zieseniß teilt hierzu mit, dass der Vorschlag „Kirchdorfer Rehre“ bei ihm eingegangen ist.

Die weitere Mitteilung zum Sachstand der Vermietung „Halle unter den Eichen“ wurde bereits unter TOP 2 diskutiert.

Herr Mientus bittet hierzu um Benennung des Motorradclubs, mit dem die Verhandlungen geführt worden sind. Herr Hettwer sagt zu, den Namen nachreichen zu wollen.

*Protokollnotiz: Haervejens MC Tyskland*

---

## 9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

### 1. Herr Leuschner regt bzw. fragt folgendes an:

Der Gehweg vor der Post ist in einem schlechten Zustand und bedarf der Ausbesserung.

Die Stellplatzflächen am Volkers Hof / Breite Straße sollten markiert werden, damit die Fahrzeuge enger aneinander geparkt werden und mehr Parkplätze tatsächlich zur Verfügung stehen.

In der Marktstraße ist in letzter Zeit zu beobachten, dass sowohl Anlieferverkehr als auch Notfalleinsätze nicht oder nur schwer möglich sind, weil die Verkehrsfläche durch parkende / haltende Fahrzeuge sowie an Markttagen durch die Buden versperrt sind. Herr Leuschner bittet die Verwaltung diesbezüglich um regelmäßige Überprüfung des ruhenden und fließenden Verkehrs, insbesondere auch um Überprüfung der Parkscheiben.

Weiterhin fragt er nach dem Sachstand der Fußwegplanung im Bereich Rosenstraße/Bahnhof Egestorf.

Herr Hettwer kündigt hierzu eine Information in einer nächsten BPU-Sitzungen an.

### 2. Frau Baltz bemängelt den nach Aufbringung der Bitumenschicht auf die Ludwig-Jahn-Straße entstandenen Absatz im Einfahrtsbereich zur Deisterfreilichtbühne.

Die Sache ist laut Herrn Zieseniß der Verwaltung bereits bekannt, der Höhenversprung wird angeglichen.

### 3. Herr Mientus regt bzw. fragt folgendes an:

In der Straße „Zum Blumenhof“, in der sich die Sammelstelle für Grüngut befindet, ist der Straßenrandstreifen erheblich ausgefahren, so dass eine Anfüllung mit Schotter sinnvoll wäre.

#### Protokollnotiz:

Der Weg gehört dem Realverband Barsinghausen-Altenhof und ist nicht gewidmet, daher nicht Aufgabe der Stadt.

Auf dem Fußweg im Eckbereich Königsberger Straße / Danziger Straße hat sich ein Gullideckel um 3 bis 4 cm angehoben. Es besteht eine Stolpergefahr für Fußgänger.

Weiterhin bittet Herr Mientus die Verwaltung darauf zu achten, dass bei herausgegebenen Stadtplänen das für Barsinghausen korrekte Wappen abgedruckt wird.

Herr Zieseniß merkt dazu an, dass eine direkte Einflussmöglichkeit nur bei im Auftrag der Stadt erstellten Plänen besteht.

Bezüglich der Entlastungsstraße schlägt Herr Mientus vor, den zweiten Kreisel „Egestorfer Kreisel“ zu nennen.

### 4. Frau Bothe spricht fehlende Bordsteinabsenkungen in der Nienstedter Straße im Einmündungsbereich der Straßen Wellenkamp und Kreuzkamp an. Ein Überqueren der Straße für Gehbehinderte ist nur erschwert möglich, weshalb sie um Abhilfe bittet.

5. Frau Benecke bittet die Verwaltung, das Zurückschneiden der eine Straßenlaterne im Umläufer verdeckenden Bäume zu veranlassen.
6. Herr Dobelmann erinnert an die Erledigung des von ihm in der letzten BPA-Sitzung angesprochenen erforderlichen Schilderaustausches an der Angerstraße.

**Nichtöffentliche Sitzung:**

Herr Hohenstein schließt die Sitzung um 20:27 Uhr.

Hohenstein  
Ausschussvorsitz

Hettwer  
Fachbereichsleitung

Tadje  
Protokollführung